



Wiesbaden, 24. August 2011

Gesetzentwurf der SPD für ein Gesetz zur Förderung der Medienkompetenz in Hessen

**Karin Wolff: „SPD legt Gesetzentwurf der Unzulänglichkeiten vor“ –  
„Ein eigenverantwortlicher Umgang mit dem Netz ist der beste  
Schutz“**

Die medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Karin Wolff, erklärte heute im Rahmen der Einbringung des SPD Gesetzentwurfes für ein Gesetz zur Förderung der Medienkompetenz in Hessen: „Es ist begrüßenswert, dass nun endlich auch die SPD das Thema Medienkompetenz entdeckt hat. Jedoch greift der Gesetzentwurf zu kurz und ist gespickt mit Unzulänglichkeiten.“

Der beste Schutz sei ein eigenverantwortlicher Umgang mit dem Netz. Vor allem Eltern müssen sich der Medienwelt ihrer Kinder zuwenden. Aber auch Erzieher, Bildungsinstitutionen und Gesetzgebung müssen sich jeweils in ihrem Bereich abgestimmt im ständigen Austausch engagieren. Die Komplexität des Themas könne nur beherrscht werden, indem die bereits bestehenden Modelle, Aktivitäten und Lösungen noch weiter verknüpft werden. „Gesetzgeberische Maßnahmen alleine, insbesondere wenn sie nur deklaratorischen Wert haben, bewirken jedoch keine Verbesserung der Medienkompetenz. Der vorgelegte Gesetzentwurf bleibt daher im Ansatz stecken“, so die CDU-Politikerin.

Selbstverständlich komme auch dem schulischen Bereich eine wichtige Funktion zu. Der Erwerb von Medienkompetenz gehöre aber schon seit vielen Jahren zum festen Bestandteil im Unterricht sowie der Lehrerbildung und wurde von der Landesregierung als Querschnittsaufgabe in den Lehrplänen und dem Hessischen Lehrerbildungsgesetz verankert. „Es ist darüber hinaus nicht hilfreich, wenn durch die Einrichtung neuer Ausschüsse und die Vergrößerung von Gremien einerseits mehr Bürokratie geschaffen wird und zugleich bestehende und vorbildliche Aktivitäten bei Ministerien und der Staatskanzlei abgebaut werden sollen“, so Wolff.

Ferner müsse man fragen, wie Herr Siebel mit seinem Rollenkonflikt als Mitglied der SPD-Landtagsfraktion und Mitglied des Verwaltungsrates des Hessischen Rundfunks umgehe. „Fakt ist jedoch, dass ein gegeneinander Auspielen von Hessischem Rundfunk und LPR sowie kultureller Förderung und Medienkompetenz nichts taugt,“ so Wolff abschließend.